

# Tag der D/deutschen Einheit

Tage an denen sich eine Nation feiert, gibt es in vielen Ländern, etwa den 1. August in der Schweiz oder den 14. Juli in Frankreich. Offenbar fördert gemeinsames Feiern das Gemeinschaftsgefühl. Sicher hilft es einander besser kennen zu lernen, wenn man gemeinsam ein Fest vorbereitet und feiert. Das fördert auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Manche Länder feiern ihre Befreiung, Unabhängigkeit, einen Sieg, die Staatsgründung, oder einen wichtigen Tag in der Geschichte (Österreich die Festlegung der Neutralität am 26.10.1955). Kurz: Nationalfeiertage sind weit verbreitet.

Deutschland hatte seit 1870 gleich mehrere Feiertage, die zum Teil die regionalen Festtage, etwa zum Geburtstag des Landesfürsten, oder den Kaisergeburtstag ablösten. Zum Gedenken an die „Geburtsstunde der Demokratie“ wurde 1919 der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag bestimmt, weil an diesem Tag Reichspräsident Friedrich Ebert die Verfassung unterzeichnet hatte. Die Nationalsozialisten bestimmten: „Der nationale Feiertag des deutschen Volkes ist der 1. Mai.“ Sie sahen in ihm den „Feiertag der nationalen Arbeit“. In der DDR war der 7. Oktober, der Tag der Staatsgründung im Jahr 1949, Nationalfeiertag (Tag der Republik). In Westdeutschland war von 1954 bis 1990 der 17. Juni zum Gedenken an den Volksaufstand 1953 in der DDR gesetzlicher Feiertag, ebenfalls mit dem Namen „Tag der deutschen Einheit“ (mit kleinem „d“). Im Jahr der Wiedervereinigung gab es 1990 den „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni und den „Tag der Deutschen Einheit“ (mit großem „D“) am 3. Oktober. Grund für die zuletzt von der Volkskammer beschlossene Festlegung auf den 3. Oktober war die möglichst rasche Herstellung der Einheit nach Abschluss der Verträge vor allem unter dem Eindruck eines drohenden wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs der DDR.

Schaut man sich diese Auswahl an, dann fällt auf, dass viele Nationalfeiertage „von oben“ gesetzt wurden; Geburtstage von Fürsten oder Herrschern, Gedenktage, die von Parlamenten ausgerufen wurden. Kurios war der 17. Juni, weil er einen Aufstand im Nachbarland feierte und das unter dem Titel der „deutschen Einheit“. Die Festlegung von Feiertagen durch die Obrigkeit, oder in Demokratien durch Parlamente, ist verständlich, weil Fürsten, Diktatoren und Parlamente bestimmen, was alle betrifft. Aber das zeigt schon eine Schwäche von Nationalfeiertagen: Sie müssen auch von den Bürgern angenommen werden. In Deutschland war nach der Reichsgründung 1871 der Sedanstag beliebt, als Erinnerung an den Sieg über die Franzosen, an dem Kriegerdenkmale eingeweiht wurden, Freudenfeuer flackerten, Paraden stattfanden, patriotische Gedichte und Gesänge erschallten. Man berauschte sich an Deutschland und seiner militärischen Größe. Aber offenbar war doch Einigen klar, dass es unklug ist den Sieg über einen Nachbarn zu feiern, mit dem man tunlichst in Frieden leben sollte.

Der häufige Wechsel des nationalen Feiertags in Deutschland lässt erkennen, dass nationale Feiertage oft in den Dienst der Politik gestellt werden und sei es im altrömischen Sinne von

„panem et circenses“ („Brot und Spiele“ um das Volk ruhig zu stellen). Das bedeutet auch, dass der Nationalfeiertag in Deutschland keine lange Tradition besitzt, man sich aber öfter nach einem solchen Tag und einer Tradition gesehnt hat. Politik braucht Symbole und Menschen Rituale, die damit zusammen hängen (Fahne, Wappen, Feiertag). Es geht beim Nationalfeiertag und den dabei benutzten Symbolen um die Förderung eines Gefühls von Gemeinschaft, um Zusammengehörigkeit, um das emotionale „Wir“.

Dass man sich in Deutschland nach Einheit sehnte, hat Wurzeln in der Geschichte. Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gab es knapp 1900 Einzelstaaten. Dieser Flickenteppich mit unzähligen Grenzen, Schlagbäumen, Gesetzen und Zöllen behinderte die wirtschaftliche Entwicklung. Noch die ersten Eisenbahnen waren auf Länder beschränkt. Es bedurfte vieler Mühe um diesen Flickenteppich zu einem Stück zu vereinen und dann auch ein Eisenbahnnetz zu schaffen, das nicht mehr an Ländergrenzen endete. Parallel dazu verlagerten sich fürstliche Geburtstagsfeste in Richtung Kaisergeburtstag, oder Nationalfeiertag. Trotzdem blieben aber auch lokale Feste übrig, egal ob bei der Fasnet, dem Fasching oder dem Karneval, oder Stadtfesten. Es gibt offenbar ein Bedürfnis nach Gemeinschaft-stiftenden Feiern, für die man auch bereit ist etwas zu tun. Aber je weiter weg vom alltäglichen Leben, desto eher lässt die Begeisterung nach. Das Fest im Dorf oder Stadtteil bindet den größten Teil der Bevölkerung ein; landesweite Festtage schon weniger, bundesweite noch weniger und Europäische oder weltweite Feiern am geringsten, weil da die Nähe fehlt.

Das bedeutet aber für Nationalfeiertage, dass sie einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht besonders wichtig sind, wobei das von Land zu Land und je nach Tradition schwankt. Es ist daher durchaus klug den Tag der Deutschen Einheit jedes Jahr in einem anderen Bundesland zu feiern, um ihn sozusagen den Bürgern nahe zu bringen.

Es ist im Nachhinein schwer zu beurteilen, in wie weit der Tag der deutschen Einheit (1953 – 1990) eine Sehnsucht der Westdeutschen spiegelte und wie viel davon eine politisch gepflegte Illusion war. Die Zahl derer, die im jeweils anderen Teil Deutschlands Heimat verloren hatten, dürfte im Laufe der Zeit gesunken sein. Auch der wachsende Wohlstand dürfte im Westen manchen Kummer über verlorene Heimat gelindert haben. Was die Sprache des Kalten Krieges an Trennendem geschaffen hat, ist ebenfalls schwer einzuschätzen. Es gab vermutlich auf beiden Seiten Menschen, die ihr Land für das Bessere hielten und damit glücklich waren. Es gab welche, die die Seiten wechselten, oder flohen, als die Mauer gebaut wurde. Man darf nicht vergessen, dass im Osten nach 12 Jahren Nazidiktatur weitere Jahrzehnte Diktatur folgten, während im Westen demokratische Verhältnisse eingeübt wurden. Das hat die Leben der Menschen im Alltag stark geprägt, so dass die Unterschiede zwischen Ost und West noch das Leben von Generationen beeinflussen dürfte, da Einstellungen, aber auch Verletzungen teilweise von Eltern - auch unbewusst - an ihre Kinder und Enkel weiter gegeben werden. Das sollte man anerkennen und bewusst damit umgehen, damit in Zukunft die besten Eigenschaften aus beiden Deutschland-Erfahrungen zum Tragen kommen und die Wunden geheilt werden.

Allein der Begriff der Einheit ist schon fragwürdig und schillernd. Sollte es sich um eine Einheit in den Grenzen des Heiligen Römischen Reiches handeln? Oder um die Grenzen von 1871, oder von 1919, oder des 3. Reiches, oder welches Gebiet sollte die Einheit umfassen? Oder ging es um eine Einheit all derer, die deutsch sprechen? Das hätte sicher bei Schweizern

und Österreichern Ängste ausgelöst, vielleicht aber auch in ferner liegenden Gebieten, in denen noch einige Menschen deutsch sprechen, wie in Russland oder auf dem Balkan. Man kann vermuten, dass der Begriff „Einheit“ bewusst unscharf gewählt wurde, um damit politische Kraft zu gewinnen. Wer im Westen an der Wiedervereinigung zweifelte, oder sie gar nicht für dringlich hielt, musste sich Vorwürfe anhören.

Waren Kerzen in den Fenstern, oder Päckchen nach drüben vielleicht mehr Propaganda, als ehrliches Bestreben? Oder sollten die Päckchen, wie einst die amerikanischen Care-Pakete für westlichen Lebensstandard werben und für das kapitalistische System? Oder sollten sie im Osten Neid erwecken? Ich nehme an, dass es sehr darauf ankam, ob sich Verwandte oder Freunde Pakete schickten, oder ob das eher geschah, weil man das eben als Pflicht ansah. Auch westliche Medien, die man im Osten empfangen konnte, waren sicherlich nicht immer nur journalistischen Standards verpflichtet und die Werbung gleich gar nicht. Beim „Sender Freies Berlin“ wusste man, dass alle Beiträge in der Berlin umgebenden DDR aufgezeichnet und ausgewertet werden würden und war daher sehr um hohe Qualität bemüht. Kurz: Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, aber auch zwischen ihren Bürgern war eher verkrampft. Wer im Westen Kritik übte, wurde aufgefordert, wenn es ihm nicht passe, könne er ja nach drüben gehen.

Der unscharfe Begriff von Einheit, den die allerwenigsten mit klaren Vorstellung hätten füllen können, wie das denn werden solle, nährte Illusionen, hüben, wie drüben. Dabei wusste man nach Jahrzehnten der Trennung nicht mehr viel von einander. Man kannte sich ja auch kaum noch, selbst als Besuchsreisen einfacher wurden. Westler hatten – teilweise wohl zu Recht – Angst davor von der Staatssicherheit abgehört und unter Druck gesetzt zu werden. Im Osten schien der Westen ein Land, in dem es mehr Reichtum und Freiheit gab, aber welchen Preis man dafür zahlen muss, das war weniger deutlich sichtbar. Es ist typisch, dass sich ein Ärmterer nur schwer vorstellen kann, wie es ist reicher zu sein, bis wohin man „nur“ ein wenig besser gestellt ist und ab wann durch großen Reichtum völlig andere Lebensumstände eintreten.

Es gab also bei der Wiedervereinigung auf beiden Seiten wenig klare Vorstellungen, wie es weiter gehen würde, gar wie man diese Wiedervereinigung gestalten sollte. Daher dürften mehr Fehler geschehen sein, als eigentlich unvermeidbar gewesen wären. Ehrlicher Weise muss man auch sehen, dass ein ziemlicher Zeitdruck herrschte, weil die Funktionstüchtigkeit der alten DDR in Frage gestellt war und man die alten Eliten los werden wollte. Daher ist Manches eher mit Hauruck, als nach gründlicher Überlegung gestaltet worden. Es hatte ja auch keiner der Handelnden Erfahrungen, wie man zwei Staaten vereint. Mancher im Westen war vielleicht erschrocken, dass die so lange beschworene Einheit plötzlich mit all ihren Folgen Wirklichkeit werden würde. Da dämmerte Manchem, dass das einerseits Geld kosten würde und andererseits die Akzeptanz von Menschen mit ganz anderen Wertvorstellungen und Gewohnheiten nötig machte. Umgekehrt dürfte auch wenigen im Osten klar gewesen sein, welche enormen Aufgaben auf sie zu kamen. Vieles, was man gewohnt war, galt plötzlich nicht mehr und die Aufarbeitung der Stasi fügte zusätzliche Wunden in die Biografien, wenn gute Bekannte als IM (Stasi-Spitzel) enttarnt wurden. Man kann also vermuten, dass auf beiden Seiten der Gedanke „So haben wir uns das aber nicht vorgestellt!“ immer wieder auftauchte.

Dabei geht häufig ein wenig unter, dass die Bürgerbewegung, die den Wandel forderte und förderte, eine bemerkenswerte Leistung ist, auf die alle Beteiligten durchaus stolz sein können.

Friedliche Änderungen von Staatsformen sind weltweit eine Seltenheit. So viel Mut und Engagement wäre auch im Westen wünschenswert, wo das Eintreten für das Land, seine Verfassung, oder seine Mitbürger durchaus noch steigerungsfähig sind.

Aber es gab natürlich auch hüten wie drüben Leute, die nur an den eigenen Vorteil dachten und denen Deutschland, oder seine Wiedervereinigung gleichgültig war, solange sie daraus Nutzen ziehen konnten. Das lässt sich vermutlich nie ganz vermeiden und im besten Fall eingrenzen. Sie nutzen das Chaos eines Umbruchs für ihre Zwecke, oder um ihre Biografie so zu verändern, dass sie auch in Zukunft weiterhin zu den Gewinnern zählen. Ärgerlich, aber wohl kaum völlig zu vermeiden. Im Westen werden heute noch Leute, die einst angesehen waren, enttarnt und ihre Ehrungen aufgehoben, z.B. Straßennamen, Ehrenbürgerschaften. Und das mehr als 70 Jahre nach dem 3. Reich! Ähnlich lang dürfte es im Osten auch dauern, bis man einigermaßen entspannt auf die Vergangenheit zurück blicken kann.

Hätte man die Wiedervereinigung besser machen können? Wenn man mit unserem heutigen Wissen auf diese Frage antwortet, mit Sicherheit. Aber wenn man vom damaligen Wissensstand, oder deutlicher, von den damaligen Illusionen und Wünschen ausgeht, dann ist das Ergebnis nicht ganz so schlecht, eben weil niemand wirklich drauf vorbereitet war. Das wirft nebenbei ein miserables Bild auf die Geheimdienste, die von der Entwicklung offenbar überrascht waren. Offenbar hat sich auch im Westen kaum jemand überlegt, was im Falle einer Wiedervereinigung zu tun sei, was auf einen gewissen Gegensatz zwischen der Rhetorik von „Brüdern und Schwestern im Osten“ und der tatsächlichen Vorbereitung auf den Fall einer Wiedervereinigung darstellt. Ohne DDR und ohne Ostblock fehlte dem Westen auch der Buhmann, dem man alle Schuld zuschieben konnte, und damit auch die eigene Orientierung. Das weckt den Verdacht, dass es auch dem Westen nicht so ernst mit den Bemühungen um eine Wiedervereinigung war. Aber auch im Osten hatten viele Bürger keine klaren Vorstellungen von dem, was bei einer Wiedervereinigung auf sie zukommen würde. Man hoffte vermutlich auf die Vorteile des westlichen Systems, ohne dessen Nachteile zu kennen. Man sah oder hörte in Westmedien viel vom Wohlstand, aber wenig von den Bedingungen unter denen er erworben wird.

Für die westdeutsche Politik war die Wiedervereinigung einerseits ein Segen, weil man nun eine konkrete Aufgabe hatte, hinter der man viele unangenehme Dinge, die man hätte anpacken sollen (soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit), verschwinden lassen konnte, weil die Wiedervereinigung plötzlich so wichtig war. Aber es könnte auch sein, dass die damals unerledigten Themen, wie Umwelt- und Klimaschutz zum Erstarken der Grünen und zur Schwächung der Konservativen führten, zu denen diese Themen eigentlich gut gepasst hätten, wenn das nicht einen Konflikt mit der Wirtschaft bedeutet hätte, auf deren Parteispenden man ungern verzichtet.

Dass die Wiedervereinigung für Viele auch Enttäuschungen mit sich brachte, liegt im Rückblick nahe. Da war die DDR-Wirtschaft, die zum Teil nicht mit Westfirmen mithalten konnte. Da waren unrealistische Hoffnungen, dass schlagartig alles besser werden würde. Oder im Westen die Illusion, dass die Menschen im Osten ihren Anschluss an den Westen durch die eigene Arbeit finanzieren könnten, so dass es den Westen nichts kosten würde.

Was ziemlich unterschätzt wurde, war die völlig anders geartete Mentalität in Ost und West. Im Osten war man gewohnt den autoritären Staat als Gegner und Gefahr zu sehen, während man

im Westen davon ausging, dass der Staat für seine Bürger sorgen würde. Im Osten gab es Medien, die mehr dem Lob der Partei dienten, als der Aufklärung der Bürger, denen man daher misstrauen musste, um ein realistisches Bild der Wirklichkeit zu bekommen. Im Westen war ein großer Teil der Medien staatstragend, also das System bejahend und fördernd. Kritik fand weniger statt, als es vielleicht gut gewesen wäre. Im Westen lernte man in der Schule Englisch, im Osten Russisch, im Westen war man gewohnt überall hin zu reisen, im Osten nur zu sozialistischen Brudervölkern. Im Westen gab es auch ohne Parteikarriere privilegierte Reiche, im Osten hatten fast nur verdiente Kader Zugang zum Luxus. Daraus ergibt sich eine völlig andere Vorstellung von den Aufgaben und Werten von Staat, Parlamenten und Medien, von Verfassung, oder Geheimdiensten. Im Westen gab es Vieles im Überfluss, im Osten war Mangel ein ständiger Begleiter. All das erklärt, weshalb in beiden Teilen unterschiedliche Biografien und unterschiedliche Haltungen entstanden. Im Westen hatten die Kirchen lange Zeit ethische und moralische Werte gepredigt. Im Osten waren Kirchen eher eine vom System widerwillig geduldete Nische, deren Werte mit den Werten der Partei nicht immer gut zusammen passten.

Die Vorstellung im Westen, es genüge die DM in beiden Landesteilen einzuführen, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu schaffen, war naiv. Genau so war die Ansicht falsch, der wirtschaftliche Niedergang des Ostens beweise die Überlegenheit des Kapitalismus oder des Neoliberalismus. Firmen, die Kunden und Staat betrogen, zeigen, dass das so nicht stimmt.

Es wäre wahrscheinlich klüger gewesen bei der Wiedervereinigung einen Kassensturz zu machen, um zu wissen, welche Werte vorhanden sind und was unbedingt erneuert werden müsse, und zwar in Ost und West, was zu mehr Begegnung und Achtung vor dem Anderen geführt hätte. Aber dafür fehlte es an Weitsicht, an Wissen, an Erfahrung und vermutlich auch an der Kraft, die für die mehr oder minder zusammen gebastelte Wiedervereinigung verfügbar war. Aber jetzt, da die drängendsten Aufgaben halbwegs gelöst sind, wäre es hohe Zeit sich mit den tieferen Gründen für die Schwierigkeiten der Vereinigung zu interessieren. So lange man nicht versteht, was schief lief, welche Illusionen in die Irre führten, wer gemogelt hat, kann man weder richtig urteilen, noch eine heilsame Offenheit erreichen.

Manche Enttäuschung im Osten dürfte auf falschen Hoffnungen beruhen, aber auch viele Ansichten im Westen über den Osten haben wenig Bezug zu den Tatsachen oder der Geschichte. Es wäre hohe Zeit, sich der jeweiligen Geschichte bewusst zu werden und sich dann in ehrlichem Austausch darüber zu verständigen, wo wir gemeinsam hin wollen. Dabei geht es vermutlich nicht so sehr darum in ganz Deutschland dieselben Zustände zu schaffen, sondern darum jedem, egal, wo er oder sie lebt, weitgehend gleiche Chancen zu geben. Es müsste kein Problem sein, wenn man im Osten weniger verdient, wenn dafür die Lebenshaltungskosten entsprechend niedriger wären, so dass die Lebensbedingungen annähernd gleich wären. Es wäre vermutlich auch kein so großes Problem, dass in dünn besiedelten Gebieten Dinge anders gelöst werden, als in Großstädten, solange niemand das Gefühl hat, er oder sie müsse nach Westen, oder Osten, um faire Bedingungen zu finden. Da die Landschaften und ihre Möglichkeiten zu Ackerbau und Viehzucht zum Teil unterschiedlich sind, wäre es töricht überall dasselbe anzubauen oder die gleichen Pflanzen und Tiere zu erwarten. Aber die Andersartigkeit der Landschaften sollte die dort Lebenden weder bevorzugen noch benachteiligen. Wenn Westler von der Natur im Osten, oder der Ostsee schwärmen, oder Ostler von den Alpen im Südwesten, dann ist das nicht schlimm, solange jeder die Chance hat dort zu leben, wo er sich wohl fühlt.

Wenn es dann noch gelänge, im Anderen mit seiner Andersartigkeit eine Bereicherung zu sehen, statt eine Bedrohung, dann wäre die Wiedervereinigung auf einem guten Weg.

Leider gibt es da noch sehr viele Hindernisse zu überwinden. Für Westler sind die Wahlerfolge der Rechtsradikalen im Osten eine Angst auslösende Leugnung der deutschen Geschichte und der Schuld, die das 3. Reich schuf. Sie sind aber auch ein Hinweis darauf, dass auch im Westen der innere Kompass von Demokraten Schaden genommen hat, der eigentlich verhindern müsste, dass Fremdenfeindlichkeit, Geschichtsvergessenheit, Unredlichkeit, Populismus und Menschenverachtung eine Chance bekommen. Es gibt auch im Westen Rechte und Nazis, die bei Wahlen Erfolge erzielen. Nur gibt es da die Erfahrung, dass sie meist versagten, sobald es darum ging bessere Lösungen zu finden oder vorzuschlagen, oder gar Verantwortung zu übernehmen. Diese Erfahrung scheint im Osten bisher zu fehlen.

Es könnte auch sein, dass biografische Erfahrungen der Älteren zu einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Staat und Medien führten, das von einem Teil der Politik und der Medienunternehmen bestätigt wird, etwa, wenn statt Fakten Vorurteile verbreitet werden. Es wäre auch nicht überraschend, wenn Jüngere diese Haltung der Älteren übernähmen. Aber es ist unredlich, wenn man von den Ostlern Einsicht in solche Zusammenhänge erwartet, während man im Westen zur Selbstkritik ähnlich unfähig ist.

Das Schlimme ist, dass mangels ehrlicher Begegnung und vorsichtigem einander Kennenlernen, die Vorurteile prächtig gedeihen, die von interessierter Seite auch noch mit Falschmeldungen und Verschwörungstheorien geschürt werden. Da versagen unter anderem die Medien, deren Rolle als redliche Vermittler, aber auch als fundierte Kritiker in dieser Situation besonders wichtig wäre.

Weil man in den dreissig Jahren seit der Wiedervereinigung vor allem versucht hat sich durch zu wursteln und ohne ein durchdachtes Konzept alle Problem zu lösen, entstand natürlich ein ziemlicher Flickenteppich, der zwangsläufig seine Schwächen hat.

Was wichtig wäre, damit die Wiedervereinigung zum Erfolg wird, ist dass man sich die Andersartigkeit der Biografien und Landschaften erst einmal eingestände, um dann zu sehen, wo es Gemeinsamkeiten gibt und wo man die Andersartigkeit aushalten muss. Dafür müsste man sich auch eingestehen, dass es Generationen brauchen wird, bis die Vorurteile überwunden sind und sich die Lebensbedingungen so weit angleichen, dass man von Chancengleichheit sprechen kann. Die dafür nötige Zeit hat man sich bisher nicht gegönnt. Aber je eher man damit anfängt einander zuzuhören und sich gegenseitig zu verstehen, um so eher werden Erfolge sichtbar. Aber ob man in einer Zeit, in der alles schnell gehen soll, sich die nötige Zeit nimmt, ist fraglich. Doch je länger man Probleme in die Zukunft verschiebt, um so größer werden sie.

Vielleicht könnte es auch helfen sich nicht so sehr auf Deutschland zu konzentrieren, sondern den Staat nur als eine notwendige Verwaltungs- und Gestaltungs-Ebene zwischen dem Heimatort und der Europäischen Gemeinschaft, oder der ganzen Welt zu sehen. Der drohende Klimawandel könnte ein gemeinsames Anliegen sein, das eine Brücke vom Einzelnen über die verschiedenen Ebenen bis hin zur ganzen Welt baut. Deutschland, das halbwegs gelernt hat, wie man völlig unterschiedliche Systeme verbindet, könnte da eine hilfreiche Rolle spielen.